

# ANALYSE

# IMI

Informationsstelle  
Militarisierung e.V.

2011/06

# LIBYEN

Herausgegeben vom

**MÜNCHNER BÜNDNIS  
GEGEN KRIEG & RASSISMUS**

Jürgen Wagner, 3.3.2011



## Intervention im Namen des Volkes?

Mit einer ungeheuren Brutalität versuchen gegenwärtig die Truppen des Diktators Muammar al Gaddafi den Aufstand in Libyen niederzuschlagen. Auch wenn es zum gegenwärtigen Zeitpunkt (3. März 2011) unmöglich ist, verlässliche Prognosen über den weiteren Fortgang der Auseinandersetzungen zu treffen, eines lässt sich jetzt schon mit Sicherheit sagen: Diejenigen, die nun im Namen von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ eine Flugverbotszone oder gar eine westliche Militärintervention fordern, machen sich – ob bewusst oder unbewusst – zu Handlangern derjenigen, denen es lediglich darum geht, die Geschicke des Landes in „geordnete“ – sprich: pro-westliche – Bahnen zu lenken.

Für die USA und die Europäische Union ist Gaddafi, mit dem man in jüngsten Jahren zwar recht profitabel kooperiert und dabei mehrere Augen bei dessen Menschenrechtsverletzungen zuge-drückt hat (bzw. im Falle der Misshandlung von Migranten diese regelrecht

ermutigte), ein zu unsicherer Kantonist geworden. Die massiven westlichen Interessen im Land erfordern einen zuverlässigeren Sachwalter, und der Aufstand im Land eröffnet die Chance, einen solchen zu installieren. Auf der anderen Seite ist aber keineswegs ausgemacht, dass sich am Ende der Auseinandersetzung eine pro-westliche Regierung durchsetzt, weshalb das westliche Hauptinteresse darin besteht, über eine militärische Involvierung einen Fuß in die Tür zu bekommen, um die weiteren Ereignisse maßgeblich mitbestimmen zu können.

Eine westliche Militärintervention ist nicht nur mit massiven Risiken behaftet, sondern sie würde auch jegliche emanzipatorische und progressive Lösung des Konfliktes in Libyen erheblich erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Denn der Westen hat ausschließlich seine eigenen Interessen im Blick, nicht die der unterdrückten libyschen Bevölkerung. Hierüber scheinen sich auch große Teile der Aufstands-

bewegung im Klaren zu sein, die ganz im Gegensatz zu ihren – vermeintlichen – Unterstützern im Westen eine Intervention von außen strikt ablehnen.

### **Gaddafi: Vom westlichen Saulus zum Paulus?**

Muammar al-Gaddafi hat eine bemerkenswerte Karriere hinter sich, innerhalb seiner mittlerweile 42-jährigen Diktatur wandelte er sich von einem westlichen Hassobjekt allerersten Ranges zu einem wichtigen Kooperationspartner. Einstmals war Gaddafi sogar ein Hoffnungsträger für viele Linke in und außerhalb des Landes, als dieser 1969 gegen den damaligen libyschen König Idris putschte: „Der Umsturz wurde im Land als ein Akt der Entkolonialisierung verstanden. Gaddafi ließ alle ausländischen Militärstützpunkte schließen, darunter die riesige US-Air Base Wheelus, die Ölindustrie wurde verstaatlicht und sämtliche Italiener wurden zur Ausreise gezwungen. [...] Muammar al-Gaddafi wurde in jenen

Schichten des Landes, die politische Veränderungen überhaupt wahrnahmen, zunächst als Revolutionär und Befreier akzeptiert.“[1] Soweit ersichtlich, setzte Gaddafi zumindest anfangs sozialpolitisch auf eine progressive Politik: So „verdoppelte der Revolutionsrat als eine der ersten Maßnahmen den Mindestlohn, senkte die Mieten um 30-40% und verhängte ein Preiserhöhungsverbot – bereits von Beginn an sollte dem verarmten Land ein künftiges Teilhaben am Wohlstand signalisiert werden.“[2]

Kaum verwunderlich also, dass sich im Laufe der 1970er die Konfrontation mit den USA sukzessive zuspitzte, 1978 erließen die Vereinigten Staaten erstmals ein Embargo auf militärische Güter (sowie teils auf Landwirtschaftsausrüstungen und Elektronikteile). Vor allem aufgrund der libyschen Verwicklung in Terroranschläge verschärfen sich die Konflikte ab dem Amtsantritt Ronald Reagans, der Gaddafi mit dem „personifizierten Bösen auf Erden“ gleichzusetzen schien, nochmals erheblich.[3] Bereits 1981 erließ Washington ein Handelsembargo, und es kam zu ersten militärischen Scharmützeln. Den Höhepunkt erreichten die Konflikte mit den Luftangriffen vom 15. April 1986, die offiziell als Vergeltung für den Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ stattfanden, für den die libysche Führung mit verantwortlich gemacht wurde. Ziel der Operation war es, Gaddafi zu liquidieren, was allerdings nicht gelang.[4] Im Jahr 1992 verhängten die Vereinten Nationen da-

rüber hinaus auch multilaterale Sanktionen, sodass es westlichen Firmen nahezu unmöglich war, im Land zu operieren.[5]

So fand sich Gaddafi für viele Jahre weit oben auf der Liste westlicher Staatsfeinde, was sich ab 1999 aber ändern sollte. Was den Gesinnungswandel Gaddafis verursachte, ob es das Interesse war, westliche Bündnispartner gegen die wachsende innenpolitische Opposition zu gewinnen oder ob andere Ursachen ausschlaggebend waren, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden.[6] Jedenfalls hatten scheinbar bereits in den 90er Jahren Verhandlungen über eine Neujustierung des konfrontativen Verhältnisses begonnen, die am Ende des Jahrzehnts Früchte abwerfen sollten.[7] So überstellte Gaddafi 1999 zwei libysche Staatsangestellte, die der Verwicklung in das Lockerbie-Attentat bezichtigt wurden, wofür die Vereinten Nationen ihre Sanktionen gegen Libyen im Gegenzug suspendierten. Der Wegfall der UN-Sanktionen ermöglichte europäischen Konzernen den Einstieg ins dortige Geschäft, weshalb sich in der Folge zahlreiche EU-Staatschefs regelrecht die Klinke in die Hand drückten. Im März 2004 besuchte Englands damaliger Premierminister Tony Blair Libyen, dem im Oktober desselben Jahres Gerhard Schröder auf dem Fuße folgte. Gaddafi wurde von Präsident Nicolas Sarkozy 2007 mit allen Ehren in Frankreich empfangen, und 2009 änderte Silvio Berlusconi beim G8-Gipfel in Italien extra die Sitzordnung, da-

mit der libysche Diktator den Ehrenplatz zu seiner Linken bekommen konnte (rechts saß Barack Obama).[8]

Neben der wirtschaftlichen „Öffnung“ erwies sich Gaddafi vor allem auch bei der brutalen Migrationsabwehrpolitik der Europäischen Union als überaus williger und nützlicher Komplize.[9]

Während EU-Konzerne also begannen, in Libyen „gute“ Geschäfte zu machen, wurde dies US-Firmen durch die fortbestehenden US-Sanktionen verboten. Aus diesem Grund formierten sich bereits im Jahr 2000 zahlreiche wichtige US-Konzerne unter dem Dach der „US-Libya Business Association“, um Lobbying für eine Aufhebung der US-Sanktionen zu betreiben.[10] Nachdem Gaddafi 2003 bekanntgab, Libyen hätte zwar an Massenvernichtungsmitteln gearbeitet, sei aber zur Aufgabe der Programme bereit, normalisierten sich auch die Beziehungen zu den USA rasch. Kurz darauf wurde damit begonnen, die US-Sanktionen schrittweise zu lockern, und nachdem Libyen 2006 von der Liste der den Terror unterstützenden Staaten gestrichen worden war, wurden sämtliche Sanktionen aufgehoben, was auch US-Firmen endgültig den Einstieg ins Libyen-Geschäft ermöglichte.[11]

Nun konnten also die Geschäfte richtig losgehen, insbesondere auch, weil Gaddafi im Laufe der Jahre auf einen neoliberaleren Kurs umschwenkte und alles tat, um ausländische Investoren anzulocken. Insbesondere wurde der vor- malig strikt nationalisierte Energiesektor

## Anmerkungen:

[1] Kister, Kurt: Muammar al-Gaddafi. Letztes Gefecht eines alten Revolutionärs, Süddeutsche Zeitung, 23.02.2011.

[2] Vrabl: Andreas: Libyen: Eine Dritte Welt-Revolution in der Transition, Diplomarbeit, Universität Wien, Juli 2008, S. 7: [http://othes.univie.ac.at/846/1/2008-07-30\\_9951900.pdf](http://othes.univie.ac.at/846/1/2008-07-30_9951900.pdf)

[3] Vrabl 2008, S. 48.

[4] Libyen: Reagan beging „abscheuliches Verbrechen“, RP Online, 06.06.2004.

[5] „Auslöser für weitergehende Sanktionen gegen Libyen war die Bekanntmachung der USA und Großbritanniens am 14. November 1991, dass zwei Libysche Geheimdienstoffiziere mit direktem Auftrag von Gaddafi für den Lockerbie-Anschlag verantwortlich seien und man dafür stichhaltige Beweise hätte. Über dem schottischen Ort Lockerbie explodierte am 21. Dezember 1988 eine Boeing 747 durch eine Bombe, 270 Men-

schen starben, davon elf am Boden.“ (Vrabl 2008, S. 78).

[6] Vgl. Vrabl 2008, S. 88ff.

[7] How Gaddafi became a Western-backed dictator, Peters Notepad, 24.02.2011: <http://peterb1953.wordpress.com/2011/02/24/how-gaddafi-became-a-western-backed-dictator/>

[8] Krause-Jackson, Flavia: Berlusconi's 'Slavish' Courtship of Qaddafi Haunts Italy, Bloomberg, 23.02.2011.

[9] „Menschenrechtsorganisationen und Journalisten berichten seit Jahren regelmäßig von den brutalen Praktiken, denen Migranten in Libyen ausgesetzt sind. Dass die Flüchtlinge festgehalten, zu Hunderten in Container gepfercht und in Lager in der Wüste transportiert werden, wo man sie ohne genügend Nahrung in völlig überfüllte Zellen sperrt – Fläche pro Flüchtling: oft ein halber Quadratmeter –, gehört zum Alltag. Glaubwürdige Berichte belegen darüber hinaus, dass

es in den Flüchtlingslagern immer wieder zu körperlicher Folter und zur Ermordung der Internierten kommt. Dass unerwünschte Migranten zuweilen in menschenleeren Wüstengebieten an der Grenze des Landes ausgesetzt werden – ohne überlebensnotwendige Ausrüstung und Nahrung –, kommt Mord ebenso gleich wie der gelegentliche Beschuss von Flüchtlingsbooten durch die libysche Küstenwache.“ (Der Zerfall eines Partnerregimes, German-Foreign-Policy.com, 23.02.2011).

[10] Zu den Firmen gehören ExxonMobil, BP, ConocoPhillips, Chevron, Marathon Oil, Occidental Petroleum, Shell, and Hess Corporation. The non-energy firms lobbying on Libya include Boeing, Caterpillar, Dow Chemical, Fluor Corporation, Halliburton, Motorola und Raytheon.

[11] Vgl. Vrabl 2008, S. 105.

für ausländische Firmen geöffnet. Von 2000 bis 2010 wurde zudem ein Drittel der Staatsbetriebe privatisiert und laut Regierungsangaben vom April 2010 sollte in den Folgejahren „100 Prozent der Wirtschaft der Kontrolle privater Investoren übergeben werden.“[12] Kein Wunder also, dass der Internationale Währungsfonds Gaddafi noch Ende 2010 hervorragende Noten für seine Wirtschaftspolitik ausstellte. In einem Bericht hieß es: „Der Ölsektor profitiert weiter vom Bekenntnis zu ausländischen Direktinvestitionen.“ Weiter lobte der Bericht die „zahlreichen wichtigen Gesetze[...] zur Modernisierung der Wirtschaft“ sowie die „Bemühungen, die Rolle des Privatsektors in der Wirtschaft zu vergrößern.“[13]

Ob gewollt oder ungewollt, diese „Wirtschaftsreformen“ trugen sicherlich nicht zur Verbesserung der sozialen Situation im Land bei. Generell ist von der Sozialpolitik, die zumindest am Anfang der Gaddafi-Ära eine wichtige Rolle spielte, wenig übrig geblieben: „Libyen ist das reichste nordafrikanische Land. [...] Aber dies spiegelt sich nicht in der wirtschaftlichen Situation des durchschnittlichen Libyers wider [...] Die Arbeitslosenquote beträgt überraschende 30% und die Jugendarbeitslosigkeit 40-50%. Das ist die höchste in Nordafrika. [...] Auch andere Entwicklungsindikatoren zeigen, dass wenige der Petrodollars zum Wohlbefinden der 6,5 Millionen Libyer ausgegeben wurden. Das Bildungsniveau ist geringer als im benachbarten Tunesien, das über wenig Öl verfügt, und die Analphabetenrate ist mit 20% überraschend hoch. [...] Vernünftige Wohnungen sind nicht zu bekommen, und ein generell hohes Preisniveau belastet die Haushalte noch zusätzlich.“[14]

Gleichzeitig ging Gaddafi innenpolitisch brutal gegen Kritiker vor, wie ein

Blick in den Jahresbericht von „Amnesty International“ zeigt: „Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit blieben stark eingeschränkt. Die Behörden zeigten wenig Toleranz gegenüber abweichenden politischen Meinungen. Personen, die Kritik an der Menschenrechtspolitik der Regierung übten, wurden bestraft.“[15]

Nun sind schwere Menschenrechtsverletzungen für die USA oder die Europäische Union selten ein Grund, nicht mit einem Regime bestens zu kooperieren, solange die Kasse stimmt. Auch Gaddafi machte hier keine Ausnahme, wie vor allem die schamlose Zusammenarbeit bei der Migrationsabwehr zeigt. Angesichts der anderen Bereiche, in denen der libysche Diktator innerhalb der letzten zehn Jahre westlichen Interessen ebenfalls weit entgegengekommen ist, drängt sich die Frage auf, weshalb er gleich zu Beginn des Aufstands – ganz im Gegensatz zu den Diktatoren Ägyptens und Tunesiens – vom Westen fallengelassen wurde wie eine heiße Kartoffel, ja mehr noch, weshalb offensichtlich darüber nachgedacht wird, militärisch beim Sturz des Diktators nachzuhelfen.

### **Westliche Interessen und Gaddafi als unsicherer Kantonist**

Zunächst gilt es festzuhalten, dass sich Gaddafi deutlich von seinen kürzlich abgesetzten Spießgesellen in Ägypten und Tunesien unterscheidet. Während Hosni Mubarak und Zine el-Abidine Ben Ali eindeutig westliche Marionettenfiguren waren, trifft dies für Gaddafi nicht zu. Für ihn stand und steht stets die eigene Agenda im Vordergrund, für die er auch immer wieder bereit war, sich mit dem Westen anzulegen. [16] Kurz, Gaddafi war und ist ein (zu)

unsicherer Kantonist, insbesondere, nachdem die jüngsten Ereignisse ihn zu einer zu großen Bedrohung der westlichen Interessen gemacht haben – speziell im wichtigsten Bereich, dem Ölsektor.

Die Relevanz der libyschen Ölvorkommen steht außer Frage, sie sind mit 44,3 Mrd. Barrel die größten Afrikas. Besonders für die Europäische Union, die 10% ihrer Ölversorgung aus Libyen deckt, ist das Land von enormer Bedeutung. Im Falle Italiens machen die Libyen-Importe sogar 24% des Gesamtbedarfs aus, bei Frankreich sind es 10% und Deutschland importiert 6% aus dem nordafrikanischen Land.[17] Allein deshalb besteht ein großes Interesse an Stabilität, und die ist mittlerweile mit Gaddafi angesichts der Breite der Aufstandsbewegung auf absehbare Zeit nicht mehr zu bekommen.

Zudem fiel infolge der Konflikte mittlerweile etwa die Hälfte der libyschen Ölproduktion weg, was zu einem sprunghaften Anstieg des Weltölpreises führte, der zwischenzeitlich auf 120 Dollar pro Barrel kletterte. Anhaltende Konflikte würden den Ölpreis weiter unter Druck setzen und damit eine erhebliche Belastung für die Ökonomien der Industrieländer darstellen. Zwar sank der Preis seither wieder etwas, dennoch warnte der österreichische Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner davor, im Zuge der Auseinandersetzungen in Libyen bestünde die Gefahr, dass der Ölpreis auf 130-150 Dollar steigen könnte: „Das würde zweifellos Ängste vor einer neuerlichen Rezession schüren. Deshalb brauchen wir baldmöglichst Klarheit über die politische Situation in den Maghreb-Staaten.“[18]

Ein weiterer Aspekt, bei dem sich Gaddafi als zunehmend hinderlich erwiesen hatte, betrifft die Profitinteressen

[12] Libya to privatise half of economy in a decade, Reuters, 02.04.2010.

[13] Zaptia, Sami: Another Positive IMF Report on Libya's Economic Progress, Tripoli Post, 18.11.2010: <http://www.tripolipost.com/articleDetail.asp?c=2&i=5121>

[14] Africa Online News zitiert bei How Gaddafi became a

Western-backed dictator, Peters Notepad, 24.02.2011: <http://peterb1953.wordpress.com/2011/02/24/how-gaddafi-became-a-western-backed-dictator/>

[15] Amnesty Report 2010: Libyen: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/libyen?destination=node%2F2971>

[16] Nazemroaya, Mahdi Darius: Libya: Is Washington Pushing

for Civil War to Justify a US-NATO Military Intervention? Global-research.ca, 24.02.2011.

[17] Import Dependence on Libyan Oil, Strategic Forecast, 22.02.2011.

[18] Disruption to Libyan oil supply highlights need for EU energy diversification, Deutsche Welle, 01.03.2011.

der Ölindustrie. Noch im Jahr 2008 titelte „Die Zeit“: „Alle wollen Libyens Öl. Unter Libyens Wüste lagern fossile Brennstoffe in riesigen Mengen. Ausländische Konzerne balgen sich um den Reichtum.“[19] In der Tat haben westliche Firmen erhebliche Summen in den libyschen Ölsektor investiert bzw. Verträge mit astronomischen Summen abgeschlossen – insgesamt ist von einem Gesamtvolumen in Höhe von über 50 Mrd. Dollar die Rede. So unterschrieb etwa die italienische ENI 2007 einen Vertrag, der ihr bei einer Investitionssumme von 28 Mrd. Dollar Öl- und Gasversorgungsrechte bis ins Jahr 2047 garantiert; die britische BP bezahlte im selben Jahr allein für das Explorationsrecht auf einer Fläche von 55.000 Quadratkilometern über 900 Mio. Dollar und plant in den kommenden Jahren bis zu 20 Mrd. Dollar zu investieren; und die amerikanische Exxon zahlte 2008 für Explorationsrechte 97 Mio. Dollar.[20]

Auch die deutsche RWE sicherte sich Öl- und Gaskonzessionen im Sirte-Becken und hat vor, etwa 700 Mio. Dollar zu investieren, während die BASF-Tochter Wintershall mit einem Investitionsvolumen von 2 Mrd. Dollar in Libyen engagiert ist.[21]

Doch der Euphorie folgte schnell eine große Ernüchterung, denn so ganz war auf Gaddafi dann doch kein Verlass, wie Meldungen aus dem Jahr 2009 zeigen: „Der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi erwägt angesichts sinkender Mineralölpreise einen außergewöhnlichen Schritt. Laut der spanischen Zeitung ‚El País‘ sagte er bei einem Treffen mit dem spanischen König Juan Carlos in Tripolis, er schließe nicht aus, Einrichtungen internationaler Ölkonzerne in seinem Land zu verstaatlichen. Zwar hoffe er nicht, das

tun zu müssen, möglicherweise würden ihm die sinkenden Preise aber keine andere Wahl lassen.“[22] Als Gaddafi 2009 dann tatsächlich „Eigentum“ der in Libyen operierenden kanadischen Ölfirma Verenex verstaatlichte[23], war der Unmut groß, wie ein Branchenreport aus demselben Jahr zeigt: „Wenn Libyen die Nationalisierung von Privatbesitz androhen kann; wenn es bereits verhandelte Verträge neu aufmacht, um sein Einkommen zu vergrößern oder ‚Tribut‘ von Firmen zu extrahieren, die hier arbeiten und investieren wollen, [...] dann wird den Unternehmen die Sicherheit verweigert, die sie für langfristige Investitionen benötigen. [...] Libyen hat es versäumt, eine stabile Plattform bereitzustellen.“[24]

Aus Sicht der Ölindustrie bietet sich also mit dem Aufstand die Möglichkeit, sich des Diktators zu entledigen, umso mehr, da er angesichts der Situation vor Ort ohnehin nicht mehr Herr der Lage zu sein scheint: „Als Gaddafi das libysche Öl kontrollierte, war er der Mann. Nun, da er es nicht mehr länger unter Kontrolle hat, ist er entbehrlich.“ [25] Dass Gaddafi gehen muss, scheint jedenfalls mittlerweile aus westlicher Sicht unabdingbar geworden zu sein. So äußerte sich der britische Premierminister David Cameron am 1. März 2011: „Für die Zukunft Libyens und seiner Bevölkerung muss das Regime von Colonel Gaddafi enden, und er muss das Land verlassen. Hierfür werden wir jede mögliche Maßnahme ergreifen, um Gaddafis Regime zu isolieren, es von Geld abzuschneiden, seine Macht zu verringern und sicherzustellen, dass jeder, der für Misshandlungen in Libyen verantwortlich ist, dafür zur Rechenschaft gezogen werden wird.“[26]

Andererseits bestehen in den Reihen der Ölmultis auch große Sorgen, dass

aus den Auseinandersetzungen eine Regierung hervorgehen könnte, die sich womöglich sogar noch unaufgeschlossener gegenüber ihren Profitinteressen erweisen könnte als es das Gaddafi-Regime war, wie etwa das Magazin Fortune befürchtet: „Unglücklicherweise könnten diese großen Deals mit hoher Wahrscheinlichkeit wertlose Papierfetzen werden, sollte Gaddafi das Land verlassen müssen. Jede Regierung, die an die Macht gelangen wird, wird zweifellos eine Neuverhandlung der Verträge wollen, was zu weniger Profiten aufseiten der Ölfirmen führen könnte. Eine neue Regierung könnte sogar die Industrie vollständig nationalisieren und alle Ausländer aus dem Land werfen.“[27]

Wie man es also dreht und wendet, für die Ölindustrie und die westlichen Regierungen besteht Handlungsbedarf. Ohne den Aufstand hätte man wohl mit Gaddafi leben und sich irgendwie arrangieren können, mit einem Bürgerkrieg und fortgesetzten Unruhen, die nicht nur die Ölversorgung gefährden, sondern auch die „Flüchtlingsgefahr“ erhöhen, jedoch nicht. Und schon gar nicht will man zulassen, dass sich in Libyen eine Regierung etabliert, der womöglich das Wohlergehen der Bevölkerung mehr am Herzen liegt als das ihrer Führungseliten und westlichen Komplizen. Auch wenn die Aufstandsbewegung sicher keineswegs nur aus progressiven Gruppen besteht, allein die Möglichkeit, dass sich diese durchsetzen, käme aus westlicher Sicht einem Horrorszenario gleich, das unbedingt verhindert werden muss: „Was zu dieser neuen libyschen Revolution geführt hat, ist die Degeneration des Regimes, das aus der Revolution von 1969 hervorging, in eine kapitalistische Vetternwirtschaft. Der populäre Charakter der neuen Re-

[19] Alle wollen Libyens Öl, Zeit Online 26.02.2008.

[20] Sanati, Cyrus: Big Oil's \$50 billion bet on Libya at stake, Fortune, 23.02.2011.

[21] Der Zerfall eines Partnerregimes (II), German-Foreign-Policy.com, 25.02.2011.

[22] Öl: Gaddafi plant Verstaatlichung, Die Presse, 26.01.2009.

[23] Walkom, Thomas: Libyan oil, not democracy, fuelling the West, The Star, 03.03.2011.

[24] Zweig, Stefan: Profile of an Oil Producer: Libya, Heatingoil.com, 29.09.2009: <http://www.heatingoil.com/wp-content/uploads/2009/09/profile-of-an-oil-producer-libya.pdf>

[25] Walcom 2011.

[26] Mulholland, Hélène: Libya crisis: Britain mulling no-fly zone and arms for rebels, says Cameron, The Guardian, 28.02.2011.

[27] Sanati 2011.

volution ist unbestreitbar, es ist aber alles andere als sicher, welche Art von Regime daraus hervorgehen wird. Dieselben gierigen und mächtigen westlichen Interessen, die das Gaddafi-Regime zuerst angriffen und dann aufpöppelten, bereiten einen Kurswechsel vor, indem unter anderem eine militärische Intervention in Betracht gezogen wird.“[28]

## Interventionsgeschrei und militärische Planspiele

In den USA erschienen bereits unmittelbar nach Ausbruch des Aufstandes zahlreiche Artikel, die für ein bewaffnetes Eingreifen in der ein oder anderen Form plädierten.[29] Prominent wahrgenommen wurde vor allem ein gemeinsamer Brief vom 25. Februar 2011, der von 40 US-Außenpolitikern unterzeichnet wurde, darunter zwölf, die in der Bush-Regierung teils hohe Posten innehatten. Er forderte Präsident Barack Obama auf, „sofort“ militärische Maßnahmen zum Sturz des Gaddafi-Regimes vorzubereiten.[30]

Auch in linksliberalen Medien wie der „New York Times“ wurde für einen Krieg getrommelt. Dort erschien am 27. Februar ein Artikel, in dem davor gewarnt wurde, dass infolge der Auseinandersetzungen Chaos ausbrechen und sich im Zuge dessen Al-Kaida im Land festsetzen könne. Um dies zu verhindern sei es erforderlich, „eine fremde Schutztruppe“ für eine Zeit lang im Land zu stationieren – sprich: es zu besetzen. [31] Die US-Regierung selbst schlug bereits am 22. Februar harte Töne an, indem Präsident Barack Obama das berühmte „all options are on the table“ betonte, mit dem stets signalisiert wird, dass eine Militärintervention ernsthaft in Betracht gezogen wird.[32]

Auf der anderen Seite des Atlantik bot u.a. der linksliberale Guardian Ian Birrel, dem ehemaligen Redenschreiber David Camerons, eine Plattform für seine Kriegspropaganda: „Die einzige Lösung ist eine rasche Intervention, angeführt vielleicht von Ägypten oder Tunesien, deren Armeen sich in den letzten Wochen Respekt erworben haben, um Gaddafi aus seiner Basis zu jagen und seinem entsetzlichen Regime ein Ende zu setzen.“[33] Kein Wunder, dass auch Cameron selbst an der Spitze der Scharfmacher steht: „Wir schließen die Nutzung militärischer Mittel in keiner Weise aus.“[34] Bereits früh wurde denn auch gemeldet, dass die EU ernsthaft an Angriffsoptionen arbeite: „Die EU-Staaten ziehen Diplomaten zufolge für den Fall einer Katastrophe für die Menschen in Libyen Militäraktionen in Betracht. ‚Wir machen Notfallpläne mit verschiedenen Szenarien, das ist eine Möglichkeit, an der wir arbeiten‘, sagte ein EU-Diplomat am Donnerstag [24.02] in Brüssel.“[35]

Doch es blieb keineswegs allein beim Säbelrasseln. Sowohl die Vereinten Nationen als auch die Europäische Union verhängten Sanktionen. Frankreich und Großbritannien äußerten die Absicht, die Aufständischen unterstützen zu wollen, und Italien kündigte einen Nicht-Aggressionspakt mit Libyen auf.

Deutschland setzte als allererstes militärische Mittel ein, wenn auch „nur“, um 144 Personen aus dem Land zu evakuieren. Seither befinden sich drei deutsche Kriegsschiffe permanent vor Ort. Auch die USA verlegten Kriegsschiffe in die Region, darunter ein Zerstörer und ein Flugzeugträger, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein. [36] Laut Pentagon-Sprecher David Lapan arbeiten US-Militärplaner an „ver-

schiedenen Notfallplänen [und] an der Verlegung von Kräften, um zur Flexibilität in der Lage zu sein, wenn einmal eine Entscheidung getroffen wurde.“ [37]

Daniel Korski vom einflussreichen „European Council on Foreign Relations“ liefert einen Überblick über die derzeit in Betracht gezogenen Militäroptionen. In einem Artikel forderte er die westlichen Staaten dazu auf, den NATO-Militärausschuss anzuweisen, mit der Ausarbeitung militärischer Einsatzpläne für sechs Szenarien zu beginnen: „Eine Flugverbotszone; eine Evakuierungstruppe zur Rettung europäischer Staatsangehöriger; eine Truppe, um Öl und Energieeinrichtungen zu schützen; Luftunterstützung für Regierungsgegner; und, schlussendlich, eine größere Interventionstruppe zum Schutz der Libyer.“[38]

Doch Militärexperten weisen lautstark darauf hin, dass jede dieser Optionen mit erheblichen Risiken verbunden ist und der Erfolg – gerade im Lichte der vergangenen Interventionen – keineswegs garantiert werden könne. In aller Deutlichkeit kritisierte etwa der prominente Militärexperte Andrew Exum das Kriegsgetrommel: „Ich bin entsetzt darüber, dass liberale Interventionisten weiter vorgaukeln, es sei einfach, humanitäre Krisen und regionale Konflikte durch die Anwendung militärischer Gewalt zu lösen. So leichtfertig über diese Dinge zu sprechen spiegelt ein sehr unreifes Verständnis der Grenzen von Gewalt und der Schwierigkeiten und Komplexitäten heutiger Militäroperationen wider.“[39] Angesichts dessen scheint – vorläufig – vieles darauf hinzuweisen, dass man sich zunächst auf eine der vermeintlich „unproblematischsten“ dieser Militäroperationen konzentrieren dürfte.

[28] How Gaddafi became a Western-backed dictator, Peters Notepad, 24.02.2011: <http://peterb1953.wordpress.com/2011/02/24/how-gaddafi-became-a-western-backed-dictator/>

[29] Vgl. etwa Liberating Libya. The U.S. and Europe should help Libyans overthrow the Gadhafi regime, Wall Street Journal, 23.02.2011; oder Vandewalle, Dirk: After Gaddafi, Newsweek, 27.02.2011.

[30] Lobe, Jim: Neo-Con Hawks Take Flight over Libya, Inter Press Service 25.02.2011.

[31] Macfarquhar, Neil: The Vacuum After Qaddafi, New York

Times, 27.02.2011.

[32] Obama says U.S. readying full range of options on Libya, Reuters, 24.02.2011.

[33] Birrel, Ian: On Libya we can't let ourselves be scarred by Iraq, The Guardian, 23.02.2011.

[34] Kampf um Kontrolle libyscher Städte, Tagesschau.de, 01.03.2011.

[35] Welt Online: Live-Ticker Libyen: <http://www.welt.de/politik/ausland/article12631912/Deutsche-Marine-schickt-Kriegsschiffe-nach-Libyen.html>

[36] Die Fahne der Abhängigkeit, German-Foreign-Policy.com, 02.03.2011.

[37] US repositioning forces around Libya-Pentagon, Reuters, 28.02.2011.

[38] Korski, Daniel: What Europe needs to do on Libya, European Council on Foreign Relations, 25.02.2011.

[39] Lobe 2011. Vgl. für eine Einzelkritik jeder derzeit überlegten Einsatzoption Gupta, Susil: Libya: Dreams of Western Intervention, Antiwar.com, 26.02.2011.

## Flugverbotszone: Die Machtfrage ins Ausland verlagern

Inzwischen deutet alles darauf hin, dass eine Flugverbotszone in Libyen errichtet werden wird: „Einige NATO-Staaten bereiten nach Angaben von Diplomaten Krisenpläne für eine Flugverbotszone über Libyen vor. Modell für die Pläne sei die Flugverbotszone, welche die NATO in den neunziger Jahren über dem Balkan eingerichtet habe.“[40] Wer aber eine Flugverbotszone einrichtet, der muss diese gegebenenfalls auch militärisch durchsetzen – und das bedeutet einen Krieg zu führen.

Vor allem die libyschen Boden-Luft-Raketen bereiten den westlichen Militärs Kopfzerbrechen, sie müssten wohl vor Beginn einer solchen Operation ebenso wie die Luftwaffe ausgeschaltet werden.[41] „Zunächst einmal bedeutet dies einen direkten militärischen Eingriff in die Souveränität eines Landes und kommt in diesem Sinne faktisch einer Kriegshandlung gleich. [...] Oder wie es der amerikanische Verteidigungsminister Gates am Mittwoch [2. März] vor einem Kongressausschuss sagte: ‚Lasst uns die Dinge beim Namen nennen. Die Einrichtung einer Flugverbotszone beginnt zunächst mit einem Angriff, bei dem die Luftabwehr zerstört wird.‘“[42] Auch der Chef des amerikanischen Zentralkommandos, James Mattis, betonte, man müsse „die Luftabwehr außer Kraft setzen, um eine Flugverbotszone einzurichten.“ Man dürfe sich keinen Illusionen hingeben: „Dies wäre ein Militäreinsatz und nicht etwa die einfache Ansage, dass niemand mehr Flugzeuge einsetzen dürfe.“[43]

Man sollte außerdem nicht vergessen, dass die Flugverbotszonen, 1991 über dem Nordirak (Operation Provide Comfort) und 1993 über Bosnien und Herzegowina (Operation Deny Flight), ein Einsatz, der hier offenbar als Vorbild dienen soll, beide in eine westliche Militärintervention mitsamt anschließender Besatzung mündeten.[44] Ein hell-sichtiger Artikel wies sowohl auf die eigentliche Intention als auch auf die Folgen hin, die mit der Errichtung einer Flugverbotszone einhergehen würden:

„Letztlich handelt es sich um eine Entscheidung mit politischen Folgen. Mit einem Mandat für den Lufteinsatz würde die Machtfrage ins Ausland verlagert. Wer aber einmal mitmacht, der gerät auf die schiefe Ebene, der wird sich nicht mehr entziehen können, sollte Gaddafi über Wochen oder gar Monate Widerstand leisten oder ein Guerilla-Krieg ausbrechen. Dann würde der Druck steigen, auch für einen Bodeneinsatz.“[45]

Ein praktisches Anschauungsbeispiel, auf welche Weise die „Machtfrage ins Ausland verlagert“ werden kann, liefert Jürgen Chrobog, ehemals Staatssekretär im Auswärtigen Amt; er gibt an: „Es muss eingegriffen werden. [...] Ich halte eine Flugverbotszone für unausweichlich.“ Hierfür und auch für weitergehende Militärmaßnahmen sei „eigentlich“ eine Mandatierung des Sicherheitsrates erforderlich, wogegen sich vor allem Russland und China sträuben: „Doch wenn wir sie nicht kriegen, muss man überlegen, wie weit man sonst vorgehen kann und wo eine Rechtsgrundlage ist, – und ich sagte ja, ein Hilfsersuch auch der Menschen vor Ort,

der Menschen in Bengasi [...] könnte letzten Endes aus humanitären Gründen vielleicht auch als ausreichend angesehen werden.“[46]

So einfach ist es also: Im Namen der Humanität folgt man dem Ruf der Opposition in Bengasi, und aufgrund der hohen Absichten können dabei auch die Vereinten Nationen übergangen und damit das Völkerrecht gebrochen werden. Ganz so simpel ist die Sache jedoch nicht, denn innerhalb der libyschen Aufstandsbewegung reicht das Spektrum der Meinungen von der strikten Ablehnung jeglicher westlichen Einmischung über die ausschließliche Befürwortung einer Flugverbotszone bis hin zu vereinzelt Forderungen nach einer westlichen Militärintervention, wogegen sich aber die große Mehrheit kategorisch ausspricht. Indem selektiv auf die Kräfte gesetzt wird, die ohnehin aufgeschlossen gegenüber einer westlichen Involvierung sind, werden so auch pro-westliche Elemente innerhalb der Aufstandsbewegung systematisch gestärkt und für die Zukunft aufgebaut.

## Intervention: Not in our Name!

Auf westlicher Seite hat bereits fieberhaft die Suche nach geeigneten „Kooperationspartnern“ innerhalb der Aufstandsbewegung begonnen. Man wolle der Opposition jegliche „Hilfe“ zur Verfügung stellen, heißt es in den westlichen Hauptstädten, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil man anders als etwa in Ägypten oder Tunesien über wenig Kontakte durch politische Stiftungen oder militärische Kooperationsprogramme verfügt.[47] Eine Militärintervention soll demzufolge wahr-

[40] Erste Schritte zu Flugverbotszone über Libyen, Neue Zürcher Zeitung, 02.03.2011.

[41] Vgl. Hanover, Jason/White, Jeffrey: U.S.-NATO Intervention in Libya: Risks and Benefits, Washington Institute PolicyWatch #1763, 24.02.2011.

[42] Flugverbotszone kann Massaker am Boden nicht verhindern, Neue Zürcher Zeitung, 03.03.2011. Auch vom „European Council on Foreign Relations“ wird eingeräumt: „Eine europäische Involvierung, selbst die Erzwingung einer Flugverbotszone, wäre ein kiegerische Handlung.“ (Korski 2011)

[43] „Ohne Militäreinsatz keine Flugverbotszone“, tageschau.de, 02.03.2011.

[44] Marischka, Christoph: Per Flugverbotszone in den Krieg in Nordafrika? IMI-Standpunkt 2011/013.

[45] Süddeutsche Zeitung – Deutschland Flugverbot birgt Gefahren, 01.03.2011.

[46] Flugverbotszone in Libyen ist „unausweichlich“, Jürgen Chrobog, Ex-Diplomat, zu Handlungsmöglichkeiten, Deutschlandfunk, 03.03.2011: [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/1402117/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1402117/)

[47] „Unübersichtlich gestaltet sich nach wie vor die Suche nach neuen Kooperationspartnern, die – aus deutscher Sicht – an die Stelle des Gaddafi-Regimes treten könnten. Die Mechanismen, auf die die Bundesrepublik in vergleichbaren Fällen zurückgreifen kann, funktionieren im libyschen Falle

nicht: Einrichtungen wie das Goethe-Institut oder Büros der parteinahen Stiftungen, die in anderen Ländern Kontakte zu den Eliten auch jenseits der jeweiligen Regierungen herstellen, konnte Berlin in Tripolis nicht etablieren. Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung etwa, die beispielsweise in Ägypten seit Jahren Beziehungen zur jetzt hoffnungsfrohen Opposition unterhält, hat sich um Libyen bislang nicht gekümmert. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung versuchte mehrfach, sich von Tunesien aus in Libyen zu etablieren, scheiterte jedoch: Ihre Anträge seien von der Regierung in Tripolis „im Endeffekt“ nie entschieden worden, berichtet ein Nahost-Experte der Organisation.“ (Die Fahne der Abhängigkeit, German-Foreign-Policy.com, 02.03.2011).

scheinlich vor allem die Möglichkeit eröffnen, einen Fuß in die Tür zu bekommen, um den Fortgang der Dinge maßgeblich mitbestimmen zu können.

Wohl nicht zuletzt deshalb wird eine westliche Militärintervention innerhalb der Aufstandsbewegung mehrheitlich abgelehnt. So berichtete Lourdes Garcia-Navarro aus Bengasi: „Sie wollen nicht gerettet werden, sie wollen keinerlei militärische Intervention. Sie sagen, sie hätten dies alleine vollbracht und sie würden sich Moammar Gaddafi selbst vom Hals schaffen.“[48] Hafiz Ghoga, Sprecher des neuen „National Libyan Council“, bestätigt den Eindruck des Journalisten: „Wir lehnen eine ausländische Intervention vollständig ab. Der Rest von Libyen wird vom Volk befreit werden.“[49] Auch der Vorsitzende des „National Libyan Council“, Mustafa Abdul Dschalil, machte deutlich: „Wir wollen keine ausländischen Soldaten hier.“[50] Ein Blick auf die anderen vom Westen „befreiten“ Länder – Kosovo, Afghanistan, Irak – genügt, um sich die „Nebenwirkungen“ eines Militäreinsatzes bewusst zu machen: „Das Beispiel des Irak beängstigt jeden in der arabischen Welt“, so Abeir Imneina, Politikprofessorin an der Universität in Bengasi. „Wir wissen sehr genau, was mit dem Irak geschehen ist, der von heftiger Instabilität geplagt wird. In diese Fußstapfen zu

treten ist in keiner Weise attraktiv.“[51]

Muammar Gaddafi ist ein Verbrecher und er gehört vor Gericht – besser früher als später. Eine westliche Militärintervention zu fordern, heißt jedoch den Bock zum Gärtner machen, sie könnte auf absehbare Zeit jeglicher Perspektive auf eine progressive Regierung in Libyen den Dolchstoß versetzen: „Untrennbar mit den Forderungen nach demokratischen Freiheiten verbunden ist ein tiefgehendes Verlangen nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. [...] Eine Militärintervention würde nicht nur eine Gefahr für Libyen und seine Bevölkerung bedeuten, sondern auch für die Kontrolle [ownership] dessen, was bislang eine vollständig organische, hausgemachte Demokratiebewegung in der gesamten Region war.“[52] Leider scheint es genau das Ziel zu sein, diese demokratische Bewegung in den Griff zu bekommen, denn wenn die Europäische Union wirklich ein Interesse hätte, der Bevölkerung in Libyen und der Region zu helfen, so hätte sie schon längst die Grenzen geöffnet, anstatt ihre Grenzschutzagentur FRONTEX zur Abwehr verzweifelter Menschen in Stellung zu bringen. Wie schamlos sich in dieser Frage verhalten wird, sollte all denen zu denken geben, die nun im Namen der Menschenrechte buchstäblich zu den Waffen rufen.



Jürgen Wagner

[48] Libyan Rebels Close In On Tripoli, National Public Radio, 27.02.2011: <http://www.npr.org/2011/02/28/134101354/libya-rebels-control-closest-city-to-capital>  
[49] Libya rebels form council, oppose foreign intervention, Reuters, 28.02.2011.

[50] EU treibt Gaddafi in die Enge, Stern.de, 28.02.2011.  
[51] World powers edge closer to Kadhafi solution, AFP, 01.03.2011.  
[52] Milne, Seumas: Intervention in Libya would poison the Arab revolution, The Guardian, 02.03.2011.



## Ostersamstag, 23. April 2011

9<sup>45</sup> Uhr **Ökumenischer Gottesdienst**  
St. Johannes, Preysingplatz

11<sup>00</sup> Uhr **Auftakt** am Orleansplatz

11<sup>30</sup> Uhr **Demonstrationszug**  
zum Marienplatz

12<sup>30</sup> Uhr **Kundgebung** Marienplatz

Es sprechen:

**Christina Hacker**, Umweltinstitut München  
**Paul Kleiser**, Sozialforum München

Grußwort der Stadt:  
**Brigitte Wolf**, Stadträtin



**Sketch „Body Bags“: Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung**

11<sup>15</sup> bis 15<sup>00</sup> Uhr: **Programm auf dem Marienplatz mit Infoständen**

[www.muenchner-friedensbuendnis.de](http://www.muenchner-friedensbuendnis.de)



**Spendenkonto:** Martin Löwenberg,

**Kontonummer:** 472 233 701

Postbank Stuttgart, **BLZ:** 600 100 70

**MÜNCHNER BÜNDNIS  
GEGEN KRIEG & RASSISMUS**

[www.gegen-krieg-und-rassismus.de](http://www.gegen-krieg-und-rassismus.de)

# LIBYEN

# PER FLUGVERBOTSZONE IN DEN KRIEG IN NORDAFRIKA?

Jetzt ist die Katze aus dem Sack: Am Vormittag des 22.2.2011 forderte der ehemalige britische Außenminister Lord David Owen gegenüber Aljazeera eine außerordentliche Sitzung des UN-Sicherheitsrats, in der die Situation in Libyen als „Gefährdung des Weltfriedens“ deklariert wird und nach Kapitel VII der UN-Charta, das militärische Zwangsmaßnahmen zulässt, eine Flugverbotszone über Libyen eingerichtet wird. Keine zwei Stunden später wird dieselbe Forderung von der einflussreichen International Crisis Group über ihren Newsletter verschickt. Doch auch in bedeutend staatsferneren Medien taucht dieser Vorschlag auf: Im Namen der dubiosen Anonymous-Gruppe, die mit ihrer Solidaritätsaktion für Wikileaks mehr von sich Reden machte, als Konkretes zu erreichen, wird in zahlreichen Internetforen, darunter Indymedia, folgender Aufruf verbreitet: „An die Vereinten Nationen ... Anonymous verlangt von Ihnen, dass sie alle nötigen Maßnahmen zum Schutze der Libyschen Bevölkerung starten...[Dazu gehört] das Einrichten einer Flugverbotszone, sodass kein Zivilist mehr bombardiert werden kann.“ [Fehler im Original!] Auch die Forderung des ehemaligen britischen Außenministers passt sich – so scheint es – ganz den neuen Mobilisierungs- und Protestformen, wie sie die Aufstände in Nordafrika geprägt haben, an: Sie findet sich weniger auf Nachricht Portalen, als dass sie weltweit gewittert wird.

Der Ruf nach einer Intervention ist angesichts der unglaublich heftigen Repression des libyschen Militärs gegen den Aufstand verständlich – aber auch gefährlich. Und er droht wiederum missbraucht zu werden.

Zunächst klingt alles sehr harmlos: Die UN richten eine Flugverbotszone ein. Doch die UN kann diese nicht durchsetzen, infrage käme hierzu eigentlich nur die NATO. Genau darin bestand auch Owens Vorschlag: die NATO solle – evtl. gemeinsam mit der ägyptischen Armee – diese Flugverbotszone durchsetzen, libysche Flugzeuge abschießen und Flugplätze bombardieren. Angesichts der militärischen Ausrüstung Libyens bedeutet dies einen handfesten Krieg. Alleine im Jahr 2009 wurde der Export italienischer Kampfflugzeu-

ge im Wert von 107 Mio. Euro nach Libyen genehmigt, Portugal lieferte Drohnen im Wert 4,6 Mio. Euro. Deutschland hat ebenfalls 2009 u.a. Störsender für 43,2 Mio. Euro geliefert, die nicht nur die Kommunikation unter den Protestierenden und auch die Evakuierung von Ausländern behindern, sondern auch militärische Angriffe erschweren können.

Bislang wurden zweimal von der UN mandatierte Flugverbotszonen eingerichtet und auch durchgesetzt: 1991 über dem Nordirak (Operation Provide Comfort) und 1993 über Bosnien und Herzegowina. Beide Einsätze mündeten letztlich – wenn auch mit unterschiedlichen Zeitabständen – in den Einsatz von Bodentruppen und die anschließende militärische Besatzung. Eine Evaluation beider Einsätze durch den US-Luftwaffenmajor Michael V. McKelvey für die Forschungsabteilung der US-Luftwaffe versucht anhand dieser die Ziele einer Flugverbotszone zu systematisieren: Flüge nicht verbündeter Kräfte zu verhindern, Zivilisten vor Bombardements zu schützen und die Lufthoheit für „andere Missionen“ zu sichern. Die Erfolgsmaßstäbe seien dabei erstens der Erfolg der Luftoperationen, zweitens die Kongruenz zwischen den Luftoperationen und „höheren Zielen“ und drittens die tatsächlichen Auswirkungen dieser Luftoperationen für die Erreichung der „höheren Ziele“ und des „gewünschten Endzustands“. Die Evaluation trägt den bezeichnenden Titel „Luftüberlegenheit in MOOTW [Military Operations other than War]: Eine kritische Analyse des Einsatzes von Flugverbotszonen zur Durchsetzung nationaler Interessen“.

Worin die nationalen Interessen hinter einem Krieg in Nordafrika und speziell gegen Libyen bestehen, liegt auf der Hand. Libyen verfügt über gewaltige Vorkommen an Erdöl und Erdgas und ist einer der wichtigsten Energielieferanten Europas. Es übt Kontrolle über wesentliche Teile der Sahara und einen großen Einfluss auf deren Anrainerstaaten aus. Auch innerhalb der Afrikanischen Union war Libyen als einer der größten Finanziers de facto eine Vetomacht. Deshalb und wegen der Überflugsrechte musste bislang

jeder EU-Militäreinsatz in Afrika zuerst mit Gaddafi verhandelt werden. Europäische Rüstungslieferungen „erzwang“ er nach Logik der europäischen Sicherheitspolitiker durch die Drohung, die Öl- und Gasleitungen nach Europa abzudrehen und stattdessen Flüchtlinge nach Europa kommen zu lassen.

Doch auch jenseits solcher klassischer geopolitischer Interessen könnten viele westliche Politiker entscheidende Vorteile in einer solchen Intervention sehen. Ein Internationaler Konflikt in Nordafrika könnte die Protestwelle zum Erliegen bringen oder zumindest eine massive Repression gegen die unerwünschten Teile des Protests im Schatten des Krieges ermöglichen. Dies wäre zumindest in Ägypten anzunehmen, falls es zu einer Flugverbotszone und einer Zusammenarbeit mit der NATO kommt. Wo westliche Einflußnahme von großen Teilen der Protestbewegung abgelehnt wird, ist mit einer enormen Eskalation zu rechnen, sollte sich die Militärregierung während des „Übergangs“ Seite an Seite mit der NATO in einen Krieg stürzen oder ihr auch nur Truppenstationierungen erlauben. Ähnliches gilt für die anderen nordafrikanischen Staaten, weshalb davon auszugehen ist, dass eine Flugverbotszone überwiegend von Flugzeugträgern aus dem Mittelmeer durchgesetzt werden würde – dort, wo jetzt schon Flüchtlinge ihr Leben riskieren, um nach Europa zu kommen.

Den Protestierenden in Libyen wird ein solcher militärischer Aufmarsch nichts nutzen. Luftangriffe eignen sich nicht zur langfristigen Aufstandsbekämpfung, sondern allenfalls als einmalige, menschenvernichtende Machtdemonstration. Bis die NATO aufmarschiert ist, wird entweder die Protestbewegung die Oberhand über das mittlerweile unkontrollierte Militär gewonnen haben oder durch dieses vernichtet worden sein. Einen Anlass für ein solches, noch härteres Vorgehen und eine Reorganisation der libyschen Streitkräfte könnte die bevorstehende Intervention jedoch allemal darstellen – oder auch schon deren Androhung.

**Christoph Marischka**